

Bezugsgebühr:

Die Redaktion des Dresdner Nachrichten...  
Telegraphische Adressen:  
Dresdner Nachrichten.  
Hauptredaktion: Marienstr. 24/26.

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

**Lobeck & Co.** | Carola-Chocolade.  
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Carif.

Annahme von Anzeigen...  
Sprechzeiten: Nr. 11 und 2096.

**Julius Schädlich**  
Am See 16, part. u. I. Et.  
**Beleuchtungs-Gegenstände**  
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

**Zacherlin**  
Unerreicht insektenförmig! Kaufe aber nur in Flaschen, wo Fiskate ausliegen.

**Schloss-Strasse 6 Optiker Pestel Haupt-Strasse 1**  
Fachgemasse Bedienung. | Billige Preise.  
Sorgfältig zentrierte und passende Augengläser jeder Schleiart.

**Tuchwaren.** Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sachs. Staats-Forstbeamte.  
**Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

Nr. 144. Spiegel: Mitteleuropäischer Wirtschaftsverein. Dopsnachrichten. Graf Dobsenthal's Trinkspruch, Adelsvereisungen, Wohlergebnis in Oesterreich. „Carnen“. Börsemotchenbericht. Rutmaßl. Bitterung: Warm, heiter. **Samstag, 26. Mai 1907.**

**Dresdner Nachrichten**  
Begründet 1856  
Jeder Leser  
in Dresden und Vororten kann sich täglich davon überzeugen, dass er  
**von keinem anderen Dresdner Blatt**  
fortlaufend über alle wichtigen Tagesereignisse  
**so schnell unterrichtet**  
wird, wie von den  
**täglich 2 Mal**  
erscheinenden „Dresdner Nachrichten“.  
Sie bieten ihren Lesern vor allen Dresdner Blättern  
**ununterbrochen das Neueste.**  
Bezugspreis für den Monat  
**Juni**  
für Dresden und Blasewitz M. 0,90  
für die übrigen Vororte M. 1,—  
bzw. M. 1,10.

Gefichtspunkte so eindringlich und überzeugend auf einseitige wirtschaftspolitische Kreise in den verschiedenen europäischen Staaten, daß im weiteren Verlaufe der Ereignisse die private Initiative sich anbot, den Mangel eines amtlichen Vorgehens aus sich selbst heraus nach Möglichkeit zu erheben. So kam im Jahre 1904 die Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins zustande. Er ist die Frucht, die aus dem vom Grafen Soluchowski ausgehenden Samenfort aufgegangen ist.  
Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein, der morgen hier in Dresden seine erste ordentliche Generalversammlung abhält, hat seine praktische Aufgabe von vornherein richtig erkannt, indem er sich die Ausschließung aller unfruchtbareren theoretischen Möglichkeiten und mehr oder weniger utopischen Zukunftsidee und die Beschränkung auf unmittelbar erreichbare Forderungen realpolitischen Charakters zur Richtschnur machte. Das zeigte sich logisch in der Stellungnahme des Vereins zu dem ihn beherrschenden Grundgedanken der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Organisation der mitteleuropäischen Staaten. Dieser leitende Grundgedanke selbst bedarf keiner näheren Rechtfertigung, da es ohne weiteres einleuchtet, daß es auf das Ausland einen ganz anderen Einfluß ausüben und dieses viel willfähriger und zu Zugeständnissen geneigter machen muß, wenn ihm statt der verhältnismäßig schwachen europäischen Einzelstaaten beispielsweise eine wirtschaftliche Allianz zwischen Deutschland, Frankreich und Oesterreich entgegentritt, die ihr ganzes mächtiges Absatzgebiet mit einem Schläge dem andauernd unfreundlichen Gegner zu verschließen bereit ist. Die wirksamste Form einer solchen gemeinsamen Organisation wäre ohne Zweifel eine direkte Zollunion. Da diese aber nicht zu verwirklichen ist, obgleich jeder beteiligte Staat sich zu einer wesentlichen Einbuße an seiner nationalen Selbständigkeit herbeiläßt, so ist der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein klug genug gewesen, sich auf die Betreibung eines Planes, der eine solche Hülfe von Schwierigkeiten, Gefahren und Konflikten im Schoße birgt, gar nicht erst einzulassen, sondern von der Schwelle aus seinen Bestrebungen eine entsprechend engere Begrenzung zu geben. Der Verein erklärt eine Zollunion der mitteleuropäischen Staaten aus politischen und wirtschaftlichen Gründen für unannehmbar und fast seine Aufgaben und Ziele in den Sätzen dahin zusammen, daß sie „unter unbedingter Ablehnung aller wie immer gearteter politischer Ziele bezwecken, die öffentliche Aufmerksamkeit und die der Regierungen auf solche wirtschaftliche Gegenstände zu lenken, hinsichtlich derer die mitteleuropäischen Staaten nicht einander widerstrebende, sondern übereinstimmende Interessen haben. Eine Antizipation des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Staaten bleibt dabei ebenso außer Betracht wie das politische Gebiet.“ Der Verein will deshalb in erster Linie nur die mitteleuropäischen Staaten veranlassen, die handelspolitische Position jedes einzelnen von ihnen bei Verhandlungen mit dem ferneren Ausland durch das Mittel handelspolitischer Allianzen, sei es bloß für einen bestimmten Zweck, sei es auf längere Zeit, zu verstärken, in der Annahme, daß handelspolitisch verbündete Staaten dem Ausland bessere Bedingungen vorzuschreiben und abzugewinnen vermögen, als handelspolitisch alleinstehende. Das Hauptbestreben des Vereins ist demnach darauf gerichtet, für den Gedanken wirtschaftlicher Allianzen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich, sowie in der Schweiz, den Niederlanden und Belgien Propaganda zu machen.  
Die Vorteile der in Aussicht genommenen losen wirtschaftlichen Allianz der mitteleuropäischen Staaten, bei der die wirtschaftliche Selbständigkeit der ihr angehörenden einzelnen Glieder nicht angetastet werden und die sich deshalb nur auf gewisse Punkte erstrecken soll, würden ohne Frage bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit dem Zollauslande erheblich ins Gewicht fallen. Außerdem soll das zollpolitische Einvernehmen darin zu Tage treten, daß die Verbündeten, soweit nicht zwingende Einzel-Interessen entgegenstehen, sich durch gemeinsame Organe gegenüber dem Ausland vertreten lassen, eine Vereinfachung des bürokratisch-diplomatischen Apparates, aus der sich auch finanzielle Vorteile ergeben würden. Ferner zielen die Bestrebungen des Vereins auf wechselseitige Rückwärtsnahme von Staatseinkünften, z. B. des Grenzschutzes, sowie auf die Ausübung eines gegenseitigen besonderen Entgegenkommens ab, u. a. durch möglichst eingehende Rücksichtnahme auf die speziellen Verhältnisse der einzelnen Volkswirtschaften bei Vereinbarungen über Zölle, Eisenbahn- und Kanalarifre. Andere Programmpunkte dieser Art beziehen sich auf die Vereinfachung der Ein- und Ausführformalitäten und auf die Schaffung

internationaler Abrechnungstellen; weiter wird das Verlangen nach einheitlicher Ausgestaltung gewisser Materien des Wirtschaftsrechtes erhoben, vor allem in der Richtung einer gleichmäßigen Regelung des Konkursrechtes, sowie der Vollstreckbarkeit von zivilgerichtlichen Urteilen innerhalb des gesamten Allianzgebietes.  
Auf Grund des hier in allgemeinen Umrissen skizzierten Programms hat der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein bisher in drei Ländern seinen Fuß gefaßt, in Deutschland, Oesterreich und Ungarn. In Deutschland steht der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein an der Spitze, in Oesterreich der Präsident des Obersten Rechnungshofes Dr. Ernst von Planer, in Ungarn der Ministerpräsident Dr. Alexander Tisza. Die Ausdehnung der Organisation auf weitere Staaten, insbesondere auf die Schweiz und Frankreich, wird vorbereitet. Der streng unpolitische, über allem Parteimein stehende Charakter des Vereins ermöglicht ihm ein völlig unbefangenes, rein sachliches Arbeiten. Die jetzige Dresdener Tagung gibt auch der breiten Öffentlichkeit einen Beweis von seiner fortschreitenden Lebenskraft. Im allgemeinen aber gehört der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein nicht zu den öffentlichen Erscheinungen, die viel von sich reden machen und mit großem Applomb auftreten. Für den Erfolg seiner Sache hat er den lauten äußeren Apparat auch gar nicht nötig. Wenn er nur in seiner stillen Wirksamkeit langsam, aber sicher wie bisher fortschreitet, so ist alle Aussicht vorhanden, daß sich die von seinem Mitbegründer Professor Dr. Wolf-Breslau ausgesprochene Hoffnung erfüllt, der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein werde seine Spuren in die Geschichte der deutschen Volkswirtschaft eintragen. Er wird das sicherlich tun, wenn es ihm in absehbarer Zeit beschieden ist, greifbare Erfolge auf der bereits lange vor dem Grafen Soluchowski mit dem großen deutschen Volkswirt Friedrich List von prophetischer Erkenntnis vorgezeichneten Bahn zu erzielen, deren Wegweiser die Inschrift trägt: „Stärkung Mitteleuropas durch eine Vereinheitlichung des Absatzgebietes für die drohenden Gefahren und Kämpfe der wirtschaftlichen Zukunft.“

**Bur Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Dresden.**  
Im November 1897 hielt der Graf Soluchowski, der fälschlich nach ehrenvoller und erfolgreicher Laufbahn von seinem Posten zurückgetretene Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns, eine bedeutsame Rede in der ungarischen Delegation, die in einer großzügigen Zukunftsidee von der wirtschaftspolitischen Aufgabe der europäischen Weltandemächte gegenüber der ankereuropäischen Konkurrenz gipfelte. Wie das 16. und 17. Jahrhundert, so führte der Minister etwa aus, mit den religiösen Kämpfen ausgefüllt war, wie im 18. Jahrhundert die liberalen Ideen zum Durchbruch kamen, wie für das 19. Jahrhundert die Aufrollung der nationalen Fragen bezeichnend sei, so kündigte sich das 20. Jahrhundert für Europa als ein Ringen ums Dasein auf handelspolitischem Gebiete an. Vereint mühten sich die europäischen Völker zusammenfinden, um in der Verteidigung ihrer Existenzbedingungen gegenüber der sich anbahnenden Teilung der Welt in drei große Wirtschaftsgebiete, das amerikanische, englische und russische, sowie angesichts des zunehmenden Wettbewerbs Japans auf dem Weltmarkt erfolgreich wirken zu können. Die markanteste Stelle des Exposés lautete wörtlich: „Der vernichtende Konkurrenzkampf, den wir auf allen Gebieten des menschlichen Schaffens mit den überlegenen Ländern teils schon heute zu bestehen, teils für die nächste Zukunft zu gewärtigen haben, erheischt eine rasche und durchgreifende Gegenwehr, sollen die europäischen Völker nicht in ihren vitalsten Interessen auf das empfindlichste geschädigt werden und einem Stiechum entgegengehen, das sie dem allmählichen Untergange zuführen müßte.“ Schulter an Schulter müssen sie kämpfen gegen die gemeinschaftliche Gefahr, und zu diesem Kampfe müssen sie sich rüsten mit dem Aufgebote aller ihnen zur Verfügung stehenden Hilfsquellen.“ Diese Auslassungen des Grafen Soluchowski erregten in der politischen Welt das allergrößte Aufsehen und wurden im ersten Augenblicke der allgemeinen Ueberraschung vielfach so gedeutet, als hätte eine bevorstehende gemeinsame Aktion der beteiligten Regierungen bereits die amtliche Abkempfung erhalten. Das war indessen eine zu weit gehende Erwartung; es hatte, soweit die offizielle Politik in Betracht kam, bei der unter so bemerkenswerten Umständen gegebenen Anregung sein Bewenden. Gleichwohl wirkte die Tragweite der vom Grafen Soluchowski vorangedeuteten

**Neueste Drahtmeldungen vom 25. Mai.**  
**Schiffahrtsabgaben.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die von der preussischen Regierung angeregte Konferenz von Vertretern der Elbfürstentümer zur Regelung der Schiffahrtsabgaben ist gestern in Rostock zusammengetreten. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt. Betreten sind außer Preußen noch Mecklenburg, das Königreich Sachsen, Braunschweig, Hamburg und Anhalt. — Wie der „Dann. Kur.“ erzählt, haben die Verhandlungen bereits einen teilweisen Sieg des preussischen Standpunktes gebracht. Soweit aus der bisherigen Stellungnahme der Regierungsbotschaft zu entnehmen ist, verharren nur Sachsen und Mecklenburg bedingungslos auf dem Prinzip der Freiheit der Schiffahrt, während Hamburg, Braunschweig und Anhalt für ihre Regierungen keinerlei gegen den preussischen Standpunkt gerichtete Erklärungen abgegeben haben.  
**Marokko.**  
Paris. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Die Forderung der französischen Regierung an die marokkanische Regierung aus Anlaß der Ermordung Dr. Mauchamps enthält folgende Punkte: 1. Abberufung und Inhaftierung des Paschas von Marrakech in Tanger, weil er für schuldig befunden ist, die Maffien gegen Dr. Mauchamps erregt zu haben; 2. Untersuchung durch den französischen Konsul von Mogador in Marrakech, um die Schuldigen ausfindig zu machen und die Verantwortlichen zu ermitteln; 3. Bestrafung der Schuldigen, und zwar der Mörder Dr. Mauchamps und Charbonniers und der Angreifer Vassal und de Gironcourt; 4. Zahlung einer Entschädigungssumme, deren Höhe später die französische Regierung festsetzen soll, für die Ermordung Dr. Mauchamps; 5. sofortige Organisation der in der Algeiras-Alle vorgezeichneten neuen Polizei; 6. Ausführung der französisch-marokkanischen Vereinbarungen von 1901 und 1902 in den Grenzgebieten, namentlich bezüglich des Punktes, der die Schaffung einer Polizei in diesen Gebieten vorschreibt; 7. Abberufung und amtliche Desavouierung Mulan Jdris, der von der marokkanischen Regierung nach Mauretanien entsandt worden war, und der den Aufstand der Aboristämme gegen die französische Herrschaft geleitet hat; 8. die Einstellung der Waffenlieferungen durch den Maghzen an den Scheik Ma el Anim, Regelung der schon lange dem Maghzen darüber unterbreiteten Reklamation, deren Prüfung noch nicht hat erreicht werden können. Nach einer ersten, lediglich anscheinenden Antwort hat der Maghzen durch zwei am 20. April bzw. 15. Mai in Tanger eingetroffene Briefe folgende Genugtuung gegeben: Der Maghzen gesteht zunächst und ohne Vorbehalt die Berechtigung aller unserer Reklamationen an; ferner wird: 1. der Pascha von Marrakech nach Tanger geschickt, wenn wir es verlangen. Man versichert uns, daß dieser Pascha zu lebend ist, um die Reise zu machen, und man bittet uns, seinen Gesundheitszustand durch einen anderen

Ständig ist der Markt von  
Kredit und Spekulation